

**NEWSLETTER**  
**des Arbeitskreises**

**SPD** FRAKTION  
SCHLESWIG-  
HOLSTEIN

# Umwelt

nergie

## ländliche Räume

**AUSGABE 02/2020**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Genossinnen und Genossen,

seit der Sommerpause fühlt sich unser Arbeitsalltag wieder etwas mehr nach Normalität an. Wir beschäftigen uns intensiv mit neuen Themen und jenen, die uns schon seit Jahren beschäftigen.

Wieder einmal wurde die Vielfalt unseres Arbeitskreises deutlich. Denn neben Fragen nach dem besten Umgang mit Klärschlamm, sprachen wir über die 380-kV-Ostküstenleitung und diskutierten im Landtag hitzig über ein deutsches Lieferkettengesetz.

Unser erster Besuch nach dem Corona-Lockdown führte uns zur HanseWerk AG nach Rendsburg. Dort erfuhren wir viel über unsere Stromversorgung, die Diskussion um Netzentgelte oder bekamen Anregungen zur Novellierung des EEG auf Bundesebene.

Endlich konnten wir unsere aufgeschobenen mündlichen Anhörungen nachholen, die wir zum Schutz der Gesundheit aller Beteiligten auf die zweite Hälfte des Jahres verschoben hatten. So haben wir uns beispielsweise über den Entwurf des sogenannten „Pottkieker“-Gesetzes die Bewertung von Fachleuten eingeholt.

Und wir hatten bei unseren vielfältigen Terminen und Diskussionen eine Praktikantin dabei, die von ihren Erfahrungen berichtet.

Wichtig ist uns auch die enge Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen in Bundestag und Europäischen Parlament. Deshalb freuen wir uns sehr über die Beiträge von Dr. Nina Scheer und Delara Burkhard. Denn die Herausforderungen im Bereich Umwelt, Energie und ländliche Räume können wir nur gemeinsam meistern.

Wir bleiben dran und freuen uns über Ihre Unterstützung. Bitte bleiben Sie gesund!

Ihr Arbeitskreis Umwelt, Energie und ländliche Räume der SPD-Landtagsfraktion





## **Klärschlamm – Fluch oder Segen?**

Stefan Weber, SPD-Landtagsabgeordneter

Unter der Überschrift „Klärschlamm – Fluch oder Segen?“ hatte der SPD Kreisverband Herzogtum Lauenburg zu einer Podiumsdiskussion am 25. August 2020 in das Gemeindezentrum Labenz geladen. In Zeiten von Corona war es schon ambitioniert eine öffentliche Veranstaltung zu organisieren. Der stellvertretende Kreisvorsitzende Manfred Börner hatte aber ein gutes Hygienekonzept vorgelegt und die Räumlichkeiten waren für die Podiumsdiskussion geeignet. Es kamen dann auch 35 interessierte Bürgerinnen und Bürger sowie Bürgermeister und Mitarbeiter einiger Verwaltungen aus dem Umland.

Der Kreisverband hatte folgende Personen zur Diskussion auf dem Podium geladen; MdB Dr. Nina Scheer, Umwelt- und Energieexpertin in der SPD-Bundestagsfraktion, MdL Stefan Weber, in der SPD-Landtagsfraktion zuständig für umwelt- und abfallpolitische Themen, Ulrich Hardtke, Bürgermeister der Gemeinde Labenz und Amtsvorsteher des Amtes Sandesneben sowie Dennis Kissel, Geschäftsführer der AWSH – Abfallwirtschaftsgesellschaft Südholstein. Moderiert wurde die Veranstaltung vom stellvertretenden Kreisvorsitzenden Manfred Börner persönlich.

Nach der Begrüßung und der Vorstellung der Podiumsgäste führte Manfred Börner kurz in das Thema ein. Für ihn werde in den öffentlichen Debatten um Umwelt- und Klimaschutz aktuell zwar viel über den CO<sub>2</sub>-Ausstoß diskutiert, die nicht minder bedeutsame Frage des Schutzes unseres Grundwassers gerate ihm dabei allerdings zu sehr in den Hintergrund. Deshalb hatte er die Diskussion über das Nischenthema Klärschlamm initiiert.



(v.l.n.r.): Dennis Kissel, Ulrich Hardtke, Manfred Börner, Dr. Nina Scheer, Stefan Weber

Vor allem in ländlichen Räumen sei laut Börner das Thema der Behandlung bzw. Entsorgung von Klärschlamm leider ein eher stiefmütterlich behandeltes. Den Verantwortungsträgern in Politik und Verwaltungen auf kommunaler Ebene werde diese Problematik allerdings zeitnah „vor die Füße fallen“. Die derzeitige Landesregierung in Kiel hatte im Juni dieses Jahres einen sogenannten Abfallwirtschaftsplan zu dieser Thematik aufgelegt, der Politik und Verwaltung vor Ort vor große Herausforderungen stelle. Die Diskussionsgrundlage für den Abend war somit deutlich geworden.

Nach den Eingangsstatements der Podiumsgäste wurde mit den Bürgerinnen und Bürgern intensiv diskutiert. Immer wieder wurde hervorgehoben, dass es immens wichtig sei, den wertvollen Rohstoff Phosphor aus dem Klärschlamm zurück zu gewinnen. Noch besser sei es, wenn dies nicht durch internationale Großkonzerne geschehe. Die Wertschöpfung solle im eigenen Land bleiben.

Die vom Land geplanten zwei Monoverbrennungsanlagen in Kiel und in Stapelfeld könnten zwar nach Fertigstellung den gesamten Klärschlamm aus Schleswig-Holstein verwerten, werden aber frühestens in 10 Jahren einsatzbereit sein. Bis zu diesem Zeitpunkt muss der anfallende Schlamm entweder mit anderen Stoffen gemeinsam verbrannt oder, wie es auf Grund der vielen kleinen Kläranlagen und Klärteichen der Kommunen noch erlaubt ist, auf die Felder der Landwirtinnen und Landwirten zur Düngung verbracht werden.

Hier taucht aber ein weiteres Problem auf. Die vielen Vorschriften und vor allem die neue Düngeverordnung sorgen dafür, dass der Klärschlamm in Konkurrenz zu Gülle und Kompostdünger steht. In der Diskussion wird befürchtet, dass bei ausschließlich zwei zentralen Verbrennungsanlagen mit Kapazitäten, die weit über dem Bedarf in Schleswig Holstein liegen, ein Mülltourismus entstehe. Dabei würde der Klärschlamm viele hundert Kilometer durchs Land gefahren - mit allen dazugehörigen Folgen für die Regionen.



In den Stellungnahmen der Expertinnen und Experten auf dem Podium ging es daher immer auch um dezentrale Möglichkeiten, die technisch schon jetzt umsetzbar sind. Dr. Nina Scheer lenkte die Diskussion auch noch mal in Richtung Bund und EU, die alles dafür tun sollen, um die Schadstoffe, wie zum Beispiel Mikroplastik, im Klärschlamm zu reduzieren. Das Fazit des Abends, der nach über zwei Stunden anregender Diskussion zu Ende ging, war einhellig: Die Politik solle nicht nur zentral denken und planen, sondern auch dezentrale Lösungen suchen und unterstützen. Wenn Gemeinden sich jetzt schon auf den Weg machen, kleine dezentrale Anlagen, vielleicht auch im Verbund mit den Abfallentsorgungsverbänden, zu entwickeln, sollen sie von Kreis und Land unterstützt werden. Die Kreise haben hierbei eine koordinierende und beratende Funktion, die sie unbedingt wahrnehmen müssen.

## Herausforderungen für die Energienetze in Schleswig-Holstein

*Besuch bei der Hansewerk AG in Rendsburg*

Thomas Höck, SPD-Landtagsabgeordneter

Im August 2020 hat unser Arbeitskreis Umwelt, Energie und ländliche Räume die Hansewerk AG in Rendsburg besucht. Das Unternehmen - mit einer kommunalen Beteiligung der elf Landkreise von 33,5 % - versorgt 80 Prozent der Fläche Schleswig-Holsteins und 50 Prozent der Bevölkerung mit Strom. Die Hansewerk AG betreibt damit einen großen Teil des dezentralen Stromnetzes außerhalb der großen Stromleitungen der TenneT.

Zusammen mit den Fachleuten der Hansewerk AG haben wir über die vielfältigen Herausforderungen der Energiewende und der Stromnetze der Zukunft gesprochen.



Wir haben in der letzten Regierung ambitionierte Mindestziele für Schleswig-Holstein gesetzt. Schleswig-Holstein, das Energiewendeland: Das ist die Basis der starken Zielszenarien unseres Landes. Leider können wir außer starken Zielen heute nicht mehr viel Gutes erkennen. Die Transformation unseres Landes ist ins Stocken geraten. Energiewendeland Nr. 1 – das war einmal. Heute liegen wir auf Platz drei – hinter Niedersachsen und Brandenburg (Gesamtbestand an Windmühlen nach Leistung).

Zugegeben: Die Energiewende ist hier im Norden verglichen mit dem überwiegenden Rest der Republik noch immer weit vorn. Schleswig-Holstein liefert beinahe das 1,5-fache des eigenen Bedarfs an Strom. Doch dieser Überschuss kann bisher nicht so einfach exportiert werden. Hier brauchen wir dringend eine Lösung.

Eine dezentrale Energieversorgung birgt neue Herausforderungen. Durch die Abregelung im Einspeisemanagement wurden in Schleswig-Holstein in 2019 ~3.750 GWh aus erneuerbaren Energien nicht in das Netz eingespeist, wodurch für Netzkunden Kosten in Höhe von ~380 Mio. € anfielen. 80 % der bundesweiten Abschaltungen finden in Schleswig-Holstein statt, weil hier auch der anteilmäßig meiste grüne Strom produziert wird.

In Zukunft wird die Herausforderung auch nicht kleiner. Bis 2035 wird eine Verdoppelung des täglichen Energiebedarfs erwartet. Klimaanlage, E-Mobilität, Wasserstofftechnologie – Wenn wir von fossilen Brennstoffen und Atomkraft ganz weg wollen, brauchen wir noch viel mehr Strom aus erneuerbaren Energien.



Auch die Hansewerk AG ist mit ihrer Technik auf dem neusten Stand. Ohne Digitalisierung ist heute nichts mehr zu machen. Sei es, dass der Stromzähler den Verbrauch eigenständig übermittelt oder die neuste Netzleitstelle zur Steuerung von Strom- und Gasnetzen. Je größer und dezentraler das Netz wird, desto umfangreicher sind auch die übermittelten Datenpakete. Ein modernes Energiemanagement ist auf diesen exponentiell wachsenden Datenstrom angewiesen. Hackerangriffe abzuwehren gehört auch hier zum Alltag dazu.

Neben diesen vielfältigen Herausforderungen und Bereichen steht auch die Diskussion um die Netzentgelte auf der politischen Agenda. Sie sind die einzige Variable, die Einfluss auf den regionalen Strompreis hat. Das führt paradoxerweise dazu, dass Schleswig-Holstein Spitzenreiter bei der Höhe des Strompreises ist. Und das obwohl hier der größte Überschuss an Strom produziert wird. Dieses System der Netzentgelte ist veraltet und wird der Dezentralität eines modernen Energiemanagements und dem Netzausbau offensichtlich nicht gerecht.

Gerade wurde der Referentenentwurf des Bundeswirtschaftsministeriums für die Novellierung des EEG vorgelegt und soll im Kabinett beschlossen werden.



(v.l.n.r.): Thomas Hölck, Kerstin Metzner, Malte Hinrichsen (Hansewerk), Jörg Rudat (Hansewerk), Sandra Redmann, Kirsten Eickhoff-Weber, Yaren Özgür

**Gut gemeint ist noch lange nicht gut gemacht**

*Das sogenannte Pottkiekergesetz in der mündlichen Anhörung im Umwelt- und Agrarausschuss*

Kerstin Metzner, SPD-Landtagsabgeordnete

Immer wieder machen Lebensmittelskandale oder Berichte über schwarze Schafe in Betrieben Schlagzeilen. Die Debatte um Lebensmittelkontrollen ist daher nicht neu. In Deutschland sind die kommunalen Lebensmittelbehörden für die Kontrolle von Lebensmittelbetrieben zuständig. Aufgabe ist neben Hygiene-Kontrollen auch eine Analyse von Lebensmittelproben.

Wir alle wollen sicher sein, dass wir gute hygienische Zustände vorfinden, wenn wir Essen gehen oder Lebensmittel kaufen. Die Situation in Gaststätten und Betrieben können wir aber nicht selbst überprüfen. Wir müssen uns auf die Kontrollen anderer verlassen. Daher ist es verständlich, dass sich viele Verbraucherinnen und Verbraucher mehr Transparenz bei den Lebensmittel- und Hygienekontrollen in Gaststätten und Lebensmittelunternehmen wünschen.

Seit Anfang 2019 bietet die Internetplattform „Topf Secret“ die Möglichkeit, standardisierte Anfragen zu lebensmittelrechtlichen Betriebsprüfungen zu stellen. Deutschlandweit waren daraufhin bei den Behörden innerhalb eines Monats ca. 19.000 Anfragen eingegangen, in Schleswig-Holstein waren es ca. 800. Mit der Beantwortung dieser Anfragen zur Hygiene in Gastronomiebetrieben war das Verbraucherschutzministerium offenbar überlastet. Deshalb kam es auf die Idee, dass sich die Interessierten stattdessen die Kontrollberichte vor Ort zeigen lassen könnten.

Aus dieser Idee wurde schnell ein Jamaika-Gesetzesentwurf für das sogenannte Pottkieker-Gesetz. Dieser sieht vor, dass sich interessierte Verbraucherinnen und Verbraucher vor Ort die letzten Kontrollberichte der Lebensmittelkontrolleure aushändigen lassen können. Entsprechende Kontrollberichte müssen dafür natürlich unter Beachtung des Datenschutzes aufbereitet werden. Das heißt, dass persönliche Daten zu Schwärzen sind. Eine allgemeinverständliche Aufbereitung der Kontrollergebnisse ist nicht vorgesehen, die Sprache bleibt die Fachsprache der Branche.



(v.l.n.r.): Dierk Böckenholt (Handesverband), Kirsten Eickhoff-Weber, Sandra Redmann, Gerd Grümmer (Handelsverband), Kerstin Metzner, Yaren Özgür, Thomas Hölck

Anfang 2020 erfolgte die schriftliche Anhörung zu diesem Pottkieker-Gesetz. Organisationen und Verbände mit sehr unterschiedlichen Interessenlagen - von der Verbraucherzentrale über die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Landesverbände, dem Handelsverband bis hin zum Verband der Lebensmittelkontrolleure - hatten die Möglichkeit, ihre Sicht auf den Gesetzesentwurf darzulegen. Es gab zahlreiche und massive Kritik. Erstaunlich, dass der Gesetzesentwurf das Parlament trotz alledem erreicht hat!

Am 16. September 2020 erfolgte nun die mündliche Anhörung, bei der Argumente aus den Stellungnahmen hinterfragt werden konnten. Die Notwendigkeit dieses Gesetzes erschloss sich offenbar den Wenigsten. Die unmittelbar betroffenen Verbände und Institutionen äußerten erneut in großer Übereinstimmung ihre Zweifel an diesem Gesetzesentwurf. Die Umsetzung der Anforderungen aus dem Gesetz würde zuallererst auf dem Rücken der Lebensmittelkontrolleur\*innen in den Kommunen abgeladen. Hier gibt es allerdings schon lange eine strukturelle Unterbesetzung. Statt Transparenz zu gewährleisten, bringt der Gesetzesentwurf vor allem mehr Aufwand für die Kontrolleur\*innen und das Personal auf der einen Seite und schafft Barrieren für die Verbraucher\*innen auf der anderen Seite. Wer geht in ein Restaurant und fordert vom Wirt den letzten Hygienebericht? Und selbst wenn man sich dazu durchringt, ist der Bericht nicht für Laien formuliert und daher für die meisten Menschen schwer

verständlich. Die Aussicht auf die Evaluation in zwei Jahren schien übereinstimmend das einzige Hoffnungszeichen für alle Kritiker zu sein.



Wir teilen die vorgebrachten Bedenken zur mangelnden Eignung dieses Gesetzesentwurfs ausdrücklich. Wir fordern nach wie vor ein einfaches und jedem verständliches Transparenzsystem wie eine Hygieneampel oder das dänische Smiley-System. Und wir brauchen eine gute personelle Ausstattung der Lebensmittelbehörden. Ohne die kann keines der Systeme gelingen.

Der vorgelegte Gesetzesentwurf ist ein prägnantes Beispiel verfehlter Gesetzgebung unter Jamaika: an den Menschen und der Realität vorbei.

### **Lieferkettengesetz jetzt!**

Kerstin Metzner, SPD-Landtagsabgeordnete

Viele Produkte, die unser tägliches Leben prägen, wie Handys, Kleidung, Kaffee oder Schokolade, werden unter ausbeuterischen und verantwortungslosen Bedingungen hergestellt. Innerhalb der globalen Wertschöpfungsketten sorgen ca. 450 Millionen Menschen dafür, dass wir so leben können, wie wir es gerade tun. Der Kampf für weltweite menschenwürdige Arbeitsbedingungen ist eine der Antriebsfedern der SPD. Wir sind überzeugt, dass dafür alle ihren Beitrag leisten müssen: Politik, Unternehmen und Konsumenten.

Über 80 Menschenrechts-, Entwicklungs- und Umweltorganisationen, Gewerkschaften und kirchliche Akteuren haben sich im September 2019 zur Initiative Lieferkettengesetz zusammengeschlossen. Aktuell treten schon mehr als 100 zivilgesellschaftliche Organisationen für einklagbare soziale und



Umweltstandards ein. Am 9. Dezember 2019 haben sich zudem 42 Unternehmen gemeinsam für die zügige Einführung eines Lieferkettengesetzes ausgesprochen, inzwischen sind es 62.

Vier Jahre lang wurde mit dem Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte darauf gebaut, dass eine freiwillige Selbstverpflichtung zu Verbesserungen in der Geschäftspraxis entlang der Lieferkette führen würde. In dem Monitoringbericht von 14. Juli 2020 gaben jedoch weniger als 20 Prozent der befragten, global agierenden Firmen an, dass sie die Kernelemente menschenrechtlicher Sorgfaltspflicht wirklich umsetzen. Die Selbstverpflichtung ist kläglich gescheitert.



Deshalb war es mir als Sprecherin für Eine-Welt-Politik wichtig, das Thema Lieferkettengesetz auch im Schleswig-Holsteinischen Landtag zu diskutieren. Damit wollen wir die Akteurinnen und Akteure unterstützen und das Thema noch mehr in den Fokus der aktuellen Debatten rücken.

Mit unserem Antrag „Lieferkettengesetz jetzt!“ haben wir die Landesregierung aufgefordert, die Forderungen der Initiative Lieferkettengesetz zu unterstützen und sich auf Bundesebene für die umgehende Einführung eines Lieferkettengesetzes einzusetzen. Dieser Antrag hat eine hitzige Debatte im Landtag ausgelöst.

Auch wenn die Grünen und die CDU in ihren Redebeiträgen im Landtag die Notwendigkeit eines Lieferkettengesetzes unterstrichen, waren die unvereinbaren Positionen der Jamaika-Koalition bei der Debatte doch offensichtlich. Sowohl FDP-Fraktion als auch FDP-Wirtschaftsminister lehnten ein Lieferkettengesetz vehement ab. Die unterschiedlichen Auffassungen gingen so weit auseinander, dass die Koalitionäre sich nicht einmal auf einen gemeinsamen Alternativ-Antrag einigen konnten. Auch hier zeigt sich wieder einmal, dass es zwischen den Jamaikafraktionen nicht nur die nach außen getragene Einigkeit gibt. Verantwortungsbewusstes Handeln für die Einhaltung von Menschenrechten, Sozial- und Umweltstandards entlang der internationalen Lieferketten sieht anders aus!

Wiederholt wurde die Diskussion zum Eckpunktepapier für das Lieferkettengesetz im Bundeskabinett verschoben. Die Vorgaben aus dem Bundeswirtschaftsministerium weichen die Forderungen der Initiative Lieferkettengesetz von Mal zu Mal weiter auf. Wir erwarten jedoch wirksame Regeln! Wir werden auch weiterhin unsere Möglichkeiten nutzen, um die Initiative Lieferkettengesetz zu unterstützen. Unser Anliegen ist die schnellstmögliche Einführung eines verbindlichen Lieferkettengesetzes sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene!

**Neues zur 380-kV-Leitung?!**

Sandra Redmann, SPD-Landtagsabgeordnete

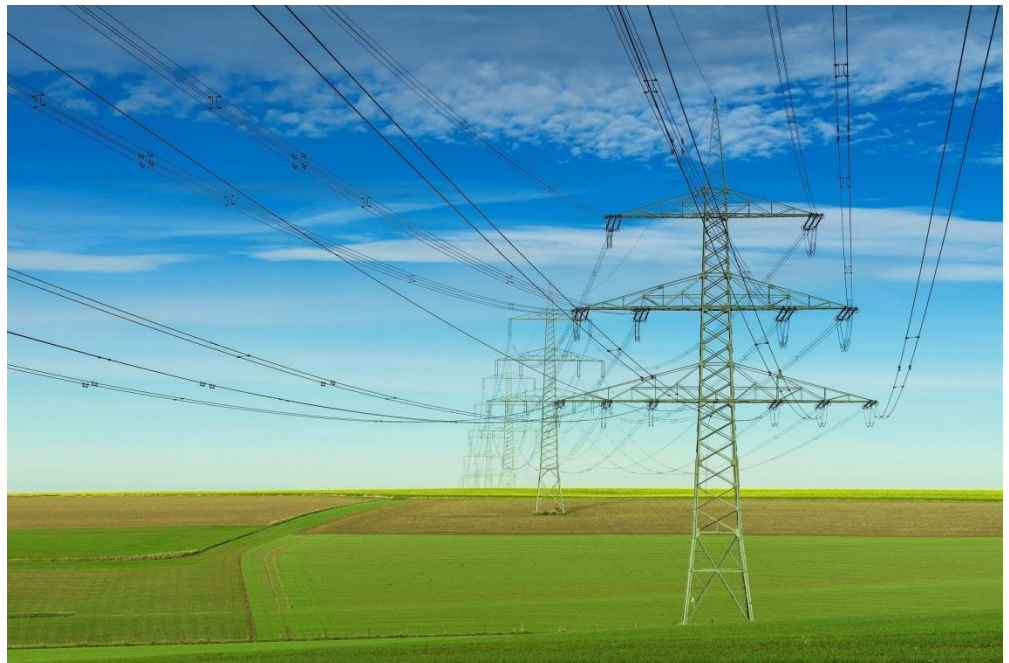
Fast fünf Jahre war es ruhig um die 380 kV-Leitung in Ostholstein. Nach einem sehr langen Prozess mit Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger wurde damals eine mögliche Trasse erarbeitet und präsentiert, die nicht gerade mit Begeisterung aufgenommen, aber in Abstimmung mit den Gemeinden gefunden wurde.

Es war eine schwierige Abwägung, da auf Mensch, Natur und weitere Bauvorhaben Rücksicht genommen werden musste. Zudem kam die Frage auf, ob diese Leitung überhaupt nötig sei, was für ein Strom durch die Leitungen durchfließen werde und ob die Leitung nicht zumindest in Teilen unter die Erde gelegt werden könnte. Viele Sitzungen, Veranstaltungen und politische Diskussionen wurden durchgeführt. Insbesondere die Erdverkabelung spielte dabei eine große Rolle und in Stockelsdorf zudem das große Umspannwerk.

Die Leitung wurde in 3 Abschnitte geteilt:

1. Raum Bad Segeberg
2. Stockelsdorf-Siems
3. Lübeck-Göhl

Und um den 3. Abschnitt geht es in der aktuellen Debatte. Am 13. August 2020 hatte TenneT zu einer Informationsveranstaltung nach Sereetz eingeladen. Mit dabei war Staatssekretär Tobias



Goldschmidt. Schon die Planung der Veranstaltung war für TenneT offenbar eine organisatorische Höchstleistung. Manche wurden geladen, manche wieder ausgeladen, einige Bürgermeister durften nur alleine kommen, aus manchen Gemeinden kamen zwei Verwaltungsmitarbeiter\*innen und einige durften auch gar nicht kommen. Bei allem Verständnis für schwierige Bedingungen in Corona Zeiten, das kann man anders machen.

Die betroffenen Gemeinden hatten einige Wochen zuvor (Hochsaison in Ostholstein) eine Karte mit einer möglichen neuen Trasse erhalten und sollten dazu Stellung nehmen. Nicht nur, dass es ein völlig neuer Trassenverlauf war, den die Bürgermeister\*innen da auf den Tisch bekamen, so war darauf auch gar nichts genau zu erkennen. Es sah aus, als ob jemand einen dicken Edding benutzt und einfach mal einen Strich durch die Landschaft gezogen hätte. Das alleine ist schon eine Unverschämtheit. Dazu dann noch eine Stellungnahme zu erwarten, ist ein Witz. Auf der Sitzung wurden als Gründe für den möglichen neuen Verlauf der Leitung das Bündelungsgebot (alle möglichen Eingriffe in die Natur auf einem möglichst schmalen Korridor zusammenzufassen, Bundesnaturschutzgesetz), neue rechtliche Vorgaben im Leitungsbau, die Hinterland-Anbindung der festen Fehmarn-Belt-Querung und genauere Untersuchungen der Landschaft benannt. „Genauere Unterlagen hierzu sind jedoch noch nicht zur

Weitergabe geeignet. Aber, man möchte jetzt möglichst frühzeitig eine Beteiligung durchführen“, so TenneT.

Fünf Jahre war nichts zu hören, keine Zwischenergebnisse, keine Präsentationen von durchgeführten Untersuchungen, kein kleiner Hinweis. Das nenne ich dann doch mal eine gelungene Überraschung, die TenneT da präsentiert hat.

Natürlich können und sollen sich jetzt die Gemeinden und Bürger\*innen und Bürger beteiligen. Das ist auch richtig so. Wir befinden uns noch nicht in einem offiziellen Planfeststellungsverfahren. Das wird erst im 1. Halbjahr 2021 soweit sein (warten wir es mal ab).

Wenn man allerdings Kooperation und Vertrauen erwartet, sollte TenneT noch gehörig nacharbeiten. Weitere Veranstaltungen sind jetzt geplant, die Maststandorte wurden präsentiert und Anregungen sollen eingearbeitet werden.

Es bleiben noch weitere Punkte offen:

Was genau fließt denn durch die Leitung?

Ist es tatsächlich ein Meilenstein für erneuerbare Energien und somit auch für den Klimaschutz?

Wie sieht es jetzt mit der Erdverkabelung aus?

Diese Fragen müssen beantwortet werden und zwar von der Landesregierung. Da kann man sich nicht aus der Verantwortung stehlen.

Die Menschen im Kreis Ostholstein tragen mit der möglichen Hinterland-Anbindung eine riesige Last. Da muss das Verfahren zur 380-kV-Leitung wenigstens professionell und offen verlaufen.

Der Staatssekretär, Tobias Goldschmidt, hat sich in einer Gesprächsrunde in Pansdorf nochmals für die Notwendigkeit der Leitung ausgesprochen. Er hat dargelegt, dass TenneT mehrere Korridore einreichen muss, die dann abgewogen und bewertet werden.

In der 1. Hälfte 2021 wird die Behörde erst einmal prüfen, ob die Qualität der Vorlage reicht, um sie ins Verfahren zu geben.

Auch wenn der Staatssekretär ein offenes Verfahren angekündigt hat, ist es ratsam und erforderlich, sich im Vorwege deutlich und lautstark einzubringen und die Bedenken vorzutragen.

Gespannt darf man auf die Abstimmung mit dem Landesentwicklungsplan sein. Den Kommunen wurden im Verfahren zur Hinterlandanbindung große Entwicklungschancen versprochen. Wie das alles zusammenpasst, bleibt fraglich.

Wir bleiben an dem Thema dran!



**Praktikumsbericht**

Yaren Talia Özgür



Mein Name ist Yaren Talia Özgür. Ich bin 17 Jahre alt und habe dieses Jahr mein Abitur gemacht. Da mein Studium erst im November beginnt, wollte ich meine freie Zeit sinnvoll nutzen und habe mich entschieden, ein Praktikum im Landtag zu machen. Da ich Juso-Kreisvorsitzende in Neumünster bin, kenne ich Kirsten Eickhoff-Weber und habe sie gefragt, ob ein Praktikum bei ihr möglich wäre. Sie hat zugesagt und dann ging es auch schon los:

Montags hat Kirsten Eickhoff-Weber ihren Bürotag in Neumünster. Dort habe ich dann gemeinsam mit Kirsten Eickhoff-Webers Wahlkreismitarbeiterin Julia Voß Unterlagen für die kommenden Tage sortiert und vorbereitet.

Am nächsten Tag sind wir in das Landeshaus gefahren. Jeden Dienstag gibt es eine Sitzung der SPD-Landtagsfraktion. Die Abgeordneten beraten sich dort über weitere Abläufe, Termine, Arbeitskreise und über vieles mehr. Die Arbeitskreise treffen sich natürlich auch. Am Mittwoch hat sich der Arbeitskreis Umwelt, Energie und ländliche Räume mit dem Handelsverband Nord getroffen, um über das Pottkieker-Gesetz zu sprechen. Das Gespräch war wirklich sehr interessant und informativ. Außerdem habe ich an der mündlichen Anhörung des Innen- und Rechtsausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages zum „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesplanungsgesetzes“ teilgenommen. Da wurden Menschen aus bestimmten Bereichen in das Landeshaus eingeladen, um ihre Meinung zum Gesetzesentwurf den Abgeordneten der unterschiedlichen Parteien mitzuteilen.

Ich finde es gut, dass die Abgeordneten sich andere Meinungen anhören und ihr Sichtfeld somit erweitern. Das zeigt mir, dass sie sichergehen wollen, ob das, was sie da gerade machen für Menschen, die davon betroffen wären, sinnvoll ist.

Da Kirsten Eickhoff-Weber in vielen Sitzungen war, an denen ich nicht teilnehmen durfte, weil ich kein Mitglied des Landtages bin, musste ich mir meine Zeit anders vertreiben. So bin ich den einen Tag mit dem Abgeordneten Thomas Hölck in den Wirtschaftsausschuss gegangen oder habe den anderen Tag in Kirstens Büro Recherche zu Themen gemacht, die gerade auf der Agenda standen.

Ich war sehr viel mit dem Arbeitskreis Umwelt, Energie und ländliche Räume unterwegs. Zusammen haben wir das Hansewerk in Rendsburg besucht und ich habe echt viel über Strom, die großen Herausforderungen der erneuerbaren Energien und das Stromnetz in Schleswig-Holstein gelernt.

Das Highlight meines Praktikums war die Landtagssitzung. Es hat so viel Spaß gemacht den Abgeordneten der unterschiedlichen Parteien zuzuhören und zu sehen, wie sie diskutieren. Dort habe ich live erlebt, dass man in der Politik nicht immer einer gleichen Meinung ist, da jede Partei und damit ja auch die Abgeordneten, unterschiedliche Sichtweisen zu einem Thema hat. Am Ende der Debatte wird dann demokratisch entschieden, was passieren soll.

Sehr schön waren auch unsere Mittagspausen. In denen haben wir mit anderen Abgeordneten, bei feiner Aussicht auf die Kieler Förde gegessen, gesprochen und uns ausgetauscht.

Abschließend kann ich sagen, dass ich das Praktikum auf keinen Fall bereue, sondern im Gegenteil. Ich bin froh, dass ich diese Möglichkeit hatte, Landespolitiker\*innen hautnah zu erleben und zu sehen, dass diese im Endeffekt auch „nur“ Menschen sind. Wir sitzen Zuhause und meckern oftmals, dass Politiker\*innen nichts auf die Reihe kriegen. Aber dabei sehen wir nicht, wie viel Arbeit hinter einer für uns simplen Entscheidung oder einem Gesetz steckt.

Nicht an jeder Sitzung, in der Kirsten Eickhoff-Weber war, konnte ich teilnehmen. Aber die SPD-Landtagsfraktion hat mich nicht alleine gelassen und mich in andere Sitzungen mitgenommen. Sie haben sich um mich gekümmert und mir gezeigt, dass sie ihren Job wirklich mit Leidenschaft machen und ihn lieben, egal wie anstrengend dieser auch manchmal sein kann.

Vielen Dank an Kirsten Eickhoff-Weber und an die SPD-Landtagsfraktion, dass ihr mir diese Möglichkeit gegeben habt. Ich habe viele nette Menschen kennengelernt, viel dazu gelernt und gesehen, wie vielfältig dieser Job ist; dass man nicht jeden Tag das gleiche macht.

Ich empfehle es jedem, der oder die Interesse an Politik hat, ein Praktikum im Landtag zu machen. Man lernt wirklich viel dazu, versteht auch einige Zusammenhänge besser und kann die Entscheidungen der Politiker\*innen oft besser nachvollziehen.

### **Sozialdemokratischer Energiewende-Appell: Forderungspapier**

Von Dr. Nina Scheer, SPD-Bundestagsabgeordnete

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Genossinnen und Genossen,

die von mir im November 2018 initiierte Online-Plattform ([www.energiewende-appell.de](http://www.energiewende-appell.de)) mit derzeit rund 1600 Unterzeichner\*innen fordert als sozialdemokratische Stimme eine zu beschleunigende Energiewende. Unter den fachpolitischen Erstunterzeichner\*innen befanden sich sowohl Bundestagsabgeordnete, Landtagsabgeordnete, wie etwa Natascha Kohnen, Landes-Energieminister Christian Pegel, als auch ehemalige Minister bzw. MdB, unter ihnen auch Erhard Eppler, Ernst-Ulrich von Weizsäcker und Monika Griefahn. Aus der Wissenschaft zeichnete etwa auch Prof. Kai Niebert, Präsident des Deutschen Naturschutzrings. Der Appell benennt die Energiewende als eine „Frage der Gerechtigkeit und friedenspolitische Aufgabe“ und plädiert für einen sozialverantwortlichen Kohleausstieg bis 2030 – im Zeichen von Gesundheitsvorsorge und zur Schaffung von Arbeit.



Die Plattform wurde zwischenzeitlich um eine „Text-Box“ mit Beschlüssen zur Energiewende sowie einer Mailing-Liste als Austausch- und Vernetzungsmöglichkeit ergänzt. Fortentwickelt wurde auch der schriftliche Austausch über die Online-Plattform ‚Teams‘ – für einen kontinuierlichen Austausch zu verschiedenen Unter-Themen der Energiewende - Strom, Wärme, Mobilität, Landwirtschaft, Wärme, Mobilität, Speicher, Sektorkopplung, Wasserstoff – wurden hier Rubriken eingerichtet. Mit bis zu 50 Teilnehmer\*innen finden zudem stetige (online) Austausche statt, zuletzt am 10. September 2020 die nunmehr 12. Runde.

Für die kommenden Wochen steht eine Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, EEG, an. Der Fortgang einer erfolgreichen Energiewende und von Klimaschutz wird entscheidend davon abhängen, ob und wie es gelingt, bestehende Hemmnisse beim Ausbau Erneuerbarer Energien abzubauen und weitere Maßnahmen für einen beschleunigten Umstieg auf Erneuerbare Energien einzuleiten. Hierfür sind sowohl das EEG als auch flankierende Rahmenbedingungen zentrale Voraussetzungen.

Von Seiten des Koalitionspartners CDU/CSU, aber etwa auch durch die Bundes-FDP wird seit Jahren auf eine Verlangsamung der Energiewende hingewirkt. Über ein ganzes Jahr hielt der Koalitionspartner seine Blockade zur Abschaffung des Solardeckels aufrecht und verknüpfte diese mit der Forderung nach pauschalen Abstandsflächen für den Onshore-Windenergie-Ausbau. Mit der Nationalen Wasserstoffstrategie ist zudem erkennbar, dass aus dem federführenden Wirtschaftsministerium insbesondere auf Erneuerbare Energien aus dem Ausland gesetzt wird und zur Wasserstoffgewinnung bis 2030 gerade einmal 14 % aus regenerativen Quellen im Inland stammen soll. Hiermit geht ohne Not heimische und europäische Wertschöpfung verloren. Die progressiven Elemente der Nationalen Wasserstoff-Strategie sind allein unserer sozialdemokratischen Bundesumweltministerin zu verdanken.

Mit Blick die Novelle des EEG wurden in den Austauschrunden Forderungspunkte zusammengetragen, u.a. heutige Hemmnisse zum Ausbau Erneuerbarer Energien zu beseitigen, darunter etwa Ausbau-Mengenbeschränkungen, Genehmigungshürden beim Bau von Windkraftanlagen, sowie Strompreisbestandteile (Steuern-, Abgaben-, Umlagen) zu reduzieren, um so Speicher und Sektorkopplung verstärkt zu ermöglichen. Das Forderungspapier, welches Maßnahmen und Änderungen



Dr. Nina Scheer

im Erneuerbare-Energien-Gesetz und flankierender energiegesetzlicher Rahmenbedingungen auflistet, findet sich unter: [https://energiewende-appell.de/wp-content/uploads/2020/09/2020-08-28-Forderungspapier\\_Der-beschleunigte-Umstieg-auf-Erneuerbare-Energien-ist-eine-sozialstaatliche-Pflicht.pdf](https://energiewende-appell.de/wp-content/uploads/2020/09/2020-08-28-Forderungspapier_Der-beschleunigte-Umstieg-auf-Erneuerbare-Energien-ist-eine-sozialstaatliche-Pflicht.pdf)

Interessierte sind herzlich zur Mitwirkung eingeladen.



**Wälder sind Kämpfer\*innen gegen den Klimawandel!**

Von Delara Burkhardt, SPD-Europaabgeordnete

Liebe Genoss\*innen,  
liebe Europa- und Umweltinteressierte,

30% der Landfläche der Erde sind mit Wäldern bedeckt. 80% der Arten der Erde sind in Wäldern zu Hause. Außerdem sind sie Kämpfer\*innen gegen die Klimakrise - sie speichern nicht nur klimaschädliche Treibhausgase, sie wandeln diese auch in Sauerstoff um. Gleichzeitig gefährdet der Klimawandel den Lebensraum Wald. Witterungsextreme wie Hitze, Trockenheit, Stürme oder Schädlingsbefall stellen eine große Gefahr für das Ökosystem der Wälder dar. Und das nicht nur irgendwo in Sibirien, Kalifornien oder im Amazonas der Fall – auch bei uns in Europa geht es vielen Wäldern schlecht.

Wie können wir unsere “Kämpfer\*innen gegen den Klimawandel” schützen und stärken? Um einen Eindruck von der Lage zu gewinnen, waren Kevin Kühnert und ich in schleswig-holsteinischen Wäldern unterwegs und haben uns sowohl mit den öffentlichen als auch privaten Waldverwalter\*innen ausgetauscht. Denn Schleswig-Holstein ist mit 11% das Bundesland mit dem geringsten Waldanteil. Wälder wie der Segeberger Forst, das zweitgrößte Waldgebiet in Schleswig-Holstein, brauchen bis zu 100 Jahre, um sich auf die neuen klimatischen Bedingungen anzupassen. Dass der Klimawandel derzeit so rasant voranschreitet, bedeutet also eine extreme Belastung für sie.

Dabei kommt es einerseits darauf an, die europäischen Wälder nachhaltiger zu nutzen. Das heißt: Bei der Nutzung von Holz als Rohstoff müssen langjährige Produkte absoluten Vorrang haben – denn nur so wird das CO<sub>2</sub> auf Dauer aus der Atmosphäre gebunden. Darüber hinaus müssen wir die europäischen Wälder durch Waldumbau langfristig widerstandsfähig zu machen. Hierbei gilt: Vielfalt schafft Sicherheit.



Wälder, die aus verschiedenen, heimischen Sorten bestehen sind widerstandsfähiger, beispielsweise gegenüber Schädlingen. Auch auf die biologische Vielfalt kann sich dies positiv auswirken.

Als Europaabgeordnete kommt es mir dabei besonders auf die europäische Ebene an. Bereits im vergangenen Newsletter habe ich euch den European Green Deal der Europäischen Kommission vorgestellt. Er ist der Fahrplan für die sozial-ökologische Wende Europas. In ihm kündigt die Kommission für Anfang 2021 auch eine neue Forststrategie an. Denn sowohl durch die Mitgliedstaaten als auch durch die EU muss mehr für die Wälder getan werden. Denn der Klimawandel stellt die Wälder in ganz Europa vor eine Herausforderung. Das Problem: Bisher fehlt es an einem einheitlichen europäischen Rahmen –

denn Waldpolitik ist kein gemeinschaftliches Politikfeld. Durch die Forststrategie will die Kommission nicht nur den Erhalt und die Wiederherstellung degradierter Wälder vorantreiben. Auch die Aufforstung großer Gebiete soll ein Kernziel sein.



Delara Burkhardt

Mit der EU-Waldstrategie haben wir die Chance europaweite Maßnahmen und Möglichkeiten zu schaffen, unsere „grünen Lungen“ zu schützen und zu stärken. Wir werden die Kommission daran messen, ob sie Ihren Versprechen auch ambitionierte Taten folgen lässt. Denn diese benötigen wir, wenn wir die Wälder Europas schützen wollen.

## **Reden und Anträge von Juli bis September 2020**

### **August**

Thomas Hölck zu TOP 17+32 am 27.08.2020: Jamaika hat die Akzeptanz von Windenergie schwer beschädigt

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2020-08-27-12-06-32-0429/?tVon=27.08.2020&tBis=27.08.2020&qu=clearingstelle>

Thomas Hölck zu TOP 58+64 am 27.08.2020: Energiewende-Land Nr.1 – das war einmal

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2020-08-27-15-43-25-1402/?tVon=27.08.2020&tBis=27.08.2020&qu=energiewende>

Kerstin Metzner zu TOP 33 am 27.08.2020:

Lieferkettengesetz jetzt!

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/02300/drucksache-19-02301.pdf>

Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 19/2301 (neu)

Lieferkettengesetz jetzt!

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/02300/drucksache-19-02301.pdf>

## September

Stefan Weber zu TOP 13 am 23.09.2020:

Nachhaltiges Konsumverhalten stärken - überflüssige Verpackungen vermeiden

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2020-09-23-12-49-37-4f1d/?tVon=23.09.2020&tBis=23.09.2020&paramSeite=2>

Thomas Hölck zu TOP 27 am 23.09.2020:

Den AfD-Klimaleugnern darf nie energiepolitische Verantwortung übertragen werden

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2020-09-23-13-04-10-5042/?tVon=23.09.2020&tBis=23.09.2020&paramSeite=2>

Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 19/2322 (neu)

Reduzierung von Plastik- und Verpackungsmüll innerhalb der Landesverwaltung Schleswig-Holstein

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/02300/drucksache-19-02322.pdf>

Kirsten Eickhoff-Weber zu TOP 18 am 24.09.2020:

Containern legalisieren – Lebensmittel retten!

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2020-09-24-16-29-17-3fd4/?tVon=24.09.2020&tBis=24.09.2020>

## Impressum

Herausgeberin: SPD Landtagsfraktion - Arbeitskreis Umwelt, Energie, ländliche Räume

Sandra Redmann, Vorsitzende des Arbeitskreises

Mareike Overbeck, Referentin des Arbeitskreises

Marie Strake, Layout

Postfach 7121, 24171 Kiel

Tel.: 0431 / 988 – 1330

E-Mail: [m.overbeck@spd.ltsh.de](mailto:m.overbeck@spd.ltsh.de)